

# apflspalten

11. Jg.

Nr. 3

5/2003



**aktive pflichtschullehrerInnen  
unabhängige gewerkschafterInnen**



# INHALT

aufgMuckt  
Seite 2

KMS  
Seite 3 u. 4

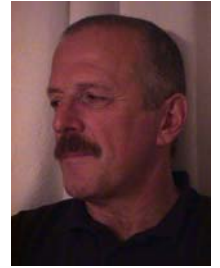
## Impressum:

Offenlegung gemäß § 23 des  
Mediengesetzes.  
Herausgeber:  
ÖLI-UG Landesgruppe Wien- **apflug**.  
Medieninhaber und für den Inhalt  
verantwortlich:  
Kurt MUCK  
Redaktionelle Betreuung:  
Gabriele BOGDAN  
Layout: Gerhard MALLER  
Alle 1100 Wien, Erlachgasse 95,  
Tel/Fax: 607\*56\*20  
e-mail: apflug@ug-oegb.at,  
[www.apfl.go.to](http://www.apfl.go.to)

### Blattlinie:

Beitrag zu mehr Demokratie in PV und  
Gewerkschaft.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel  
stimmen nicht unbedingt mit der Meinung  
des Herausgeber überein.

# aufg`Muckt



Wir haben uns also wieder geeinigt. Du und Du und Sie und ich haben uns mit der Regierung geeinigt. Wir haben alle die Nase voll gehabt und endlich wieder einmal zumindest eine Inflationsabgeltung haben wollen. Soll heißen keinen Reallohnverlust.

Wir haben wieder unseren Vertreter hinschicken müssen, weil wir ja nicht alle verhandeln gehen können. Ich muss zugeben, ich hab gehörig Angst gehabt vor diesen Verhandlungen. Ich weiß ja wie hart gesotten die Regierung ist, geht es darum Staatsgelder nicht zu verschwenden. Da sind sie unnachgiebig. Kein unnötiger Euro wird ausgegeben, schon gar nicht für Gehälter der StaatsdienerInnen. Da gehen sie verantwortungsbewusst vor. Mit voller Härte eines Unternehmers. Und sie müssen ja in Zeiten wie diesen (welche sind das eigentlich?) mit gutem Beispiel voran gehen und den „Leuten auf der Straße“ zeigen, wie man im eigenen Haushalt spart. Unglücklicherweise sind wir Teil dieses Haushalts und spüren's kräftig.

Ich kenn aber auch unseren Vertreter. Er ist zwar einer von uns - auch ein Lehrer (natürlich noch immer im Stand seiner Schule auf einem Dienstposten und selbstverständlich frei gestellt) - der schon oft „großartige“ Verhandlungsergebnisse erreicht hat.

Noch mit der letzten Regierung, die ja sehr viel auf Handschlagqualität gab, *errang* er für uns in *aufopferungsvoller* Weise 0,8 % Erhöhung plus einer nachträglichen Inflationsabgeltung. (Alle anderen Berufsgruppen verhandelten für sich 2% und mehr aus) Nach Ablauf des Jahres 2002 und der Errechnung der Inflation wollte die damalige Frau Vizekanzlerin plötzlich nichts mehr von der Vereinbarung wissen. Na gut. Die Frau Vizekanzlerin lässt sich inzwischen ein Jahr lang ein Ministergehalt für's Nichtstun auszahlen und ist nicht mehr zuständig. Aber der Herr Nachfolger ist offenbar auch sehr begabt. Auch er rang in zähen Verhandlungen (4 Stunden) den harten Widerstand unseres Vertreters nieder. 120 Millionen Euro machte die Forderung aus, denn die Inflation betrug 1,8%, die 0,8 abgerechnet hätte 1% ergeben. Diese Differenz wäre für 2002 nachzubezahlen gewesen. Staffelfürksam, das heißt bei der 2003 ausgehandelten Gehaltserhöhung hätte von diesem erhöhten Betrag ausgegangen werden müssen. Was hat aber unser Vertreter

*für uns erreicht?*

Beeindruckt von der Handschlagqualität der Regierung gab er sich mit 55 Millionen zufrieden. Für das Jahr 2002 bekommen wir eine Einmalzahlung von 100 Euro. Das sind auf 1 1/2 Jahre aufgeteilt stolze 5,55 Euro im Monat. Wui!!! Darüber hinaus gesteht uns die Regierung ab 1. Juli 2003 eine weitere Erhöhung von 1% zu, gedeckelt auf maximal 18,9 € Das ist ja sensationell. Womit also meine Angst begründet war. Das ist nämlich ein saftiger Reallohnverlust, den Fritz Neugebauer für uns „herausgeholt“ hat. Und dabei gibt es einen Paragraphen im Statut der Gewerkschaft, der vorschreibt, dass selbige unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten hat.

*Alle Räder stehen still,  
wenn unser starker Arm es will.*



# Bildung im Regierungsprogramm

Kurt Muck,  
apfl Personalvertreter  
im Zentralausschuss



Als Präambel unter dem Punkt „Bildung“ steht im Programm der neuen Regierung, dass nicht reproduzierbares Wissen wichtig ist, sondern der Umgang mit vorhandenem Wissen.

Was immer sich die Regierenden in der Ausführung dieser Erkenntnis vorstellen mögen, es führt weiterhin kein Weg vorbei am Vermitteln von Grundlagenwissen, damit die Kinder überhaupt wissen, womit sie eventuell umgehen können sollen. Das bedeutet aber für uns keine Veränderung im Unterricht, denn auch bisher konzentrierten wir uns im Pflichtschulbereich darauf, die Kinder nicht mit Unnötigem zu überfrachten, sondern das Anwendbare zu vermitteln. Ohne den sattem bekannten Begriff der „Restschule“ bemühen zu wollen, weiß jede/r der KollegInnen, dass wir im Laufe der letzten Jahre in zunehmendem Maße auf Vermittlung der kulturellen Grundtechniken (wobei die Betonung auf „Grund“ liegt) beschränkt wurden. Da ändert auch nichts, dass es über den „Kernstoff“ hinaus auch ein so genannter „Erweiterungsstoff“ zur Verfügung steht.

Aber natürlich können wir zustimmen, wenn die Regierenden meinen, dass durch *„beste Bildung und Ausbildung unsere jungen Menschen die Grundlagen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit“* erhalten. Nicht zustimmen können wir allerdings der vollmundigen Behauptung, dass die Bundesregierung gewillt ist *„die Qualität der Bildungsangebote im internationalen Vergleich weiter zu steigern, die Vielfalt zu fördern und neue Entwicklungen in die Angebote aufzunehmen.“* Dazu benötigen wir, die Ausführenden, Ressourcen und die kosten Geld. Geld, das diese Bundesregierung lieber für Abfangjäger in -zig Euromillionen ausgibt.

## *Ein Forderungskatalog?*

Der Themenkatalog des Programms umfasst 5 Punkte beginnend mit Schulentwicklung und Qualitätssicherung, über den Verwaltungs- und Baubereich, die Aus- und Weiterbildung bis hin zum Konnex mit der Frauenpolitik nach der Erkenntnis *„Bildung ist die beste Frauenförderung“*?! Die einzelnen Themenbereiche enthalten natürlich ihrerseits zahlreiche Unterpunkte.

Aus realpolitischer Erfahrung muss man beim Lesen von parteipolitisch motivierten Programmen Sensibilität entwickeln, um die Punkte zu kategorisieren. Da gibt es

- reine Lippenbekenntnisse,
- Absichtserklärungen ohne Folgen, weil politisch nicht durchsetzbar
- Absichtserklärungen mit Folgen, weil politische Übereinstimmung herrscht und/oder sowieso schon unter anderem Namen umgesetzt und
- gefährliche Punkte, weil sie einschneidende Veränderungen herbeiführen, die sich in den letzten 10 bis 15 Jahren meist gegen die Interessen der Beschäftigten wenden.

Interessant ist dieser Katalog natürlich im Hinblick auf die der Regierung immanenten Sparwut.

### **Schulentwicklung und Qualitätssicherung**

Viel von Evaluierung ist da zu lesen.

Aus- und Bewertung des Bestehenden ist immer gut. Zieht man die erwähnte Sparfreudigkeit der Regierung in Betracht, so gewinnen die Punkte, in denen „Evaluierung“ angesprochen wird an Bedeutung.

Entwicklung ist auch gut, Qualität ebenfalls und Sicherung deren sowieso. Zwischen den Positives assoziierenden Schlagworten stößt man aber unvermittelt auf seltsam Klingendes.



Etwa: *„Sonderschulen zu echten Förderschulen weiter entwickeln.“*

Da wurde seit jeher und bis jetzt die Sonderschule als die bestmögliche Schulform für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf dargestellt (nämlich gerade von der gleichen politischen Richtung und gegen die damals durch zu setzende Integration) und jetzt stellt sich offenbar heraus und/oder wird es zugegeben, dass dies gar nicht die richtige Förderung für jene Kinder war. Und so wird hurtig die Forderung gestellt, die herkömmliche Sonderschule eben weiter zu entwickeln. Natürlich wird kein Hinweis gegeben, wie das erfolgen soll, denn mit dem „Aufbau von PISA-National“ und dem „Ausbau der externen Evaluierung im Rahmen der bestehenden Einrichtungen“ wird die Förderung sicher nicht besser.

Übrigens soll diese Aus- und Bewertung über die Schulaufsicht (BSI) erfolgen. Unserer Meinung nach keine gute Voraussetzung für ein Gelingen.

Auch die so genannte *„Entlastung der SchülerInnen durch Überprüfung der Stundentafel“* steht im Programm. Die ist ja schon wieder – *speed kills* – in bereits gewohnheitsmäßig unüberlegter Manier, kaum ausgesprochen, schon in der Umsetzungsphase. Abgesehen davon, dass jede Reduktion des Unterrichtsangebots zwangsläufig auch eine Reduktion des Bildungsangebots darstellt, ist dies natürlich auch eine Bedrohung für die Dienstposten. In Sado-Maso Manier wird den LehrerInnen

vom Ministerium auch anheim gestellt, schulautonom darüber zu entscheiden, welche Stunden gestrichen werden.

Weiters ist vorgesehen, das **„Zulagensystem und die Lehrverpflichtung im Lichte der OECD-Standards zu überprüfen“**. Soll heißen: Lehrpflicht erhöhen und Zulagen streichen. Pünktlich erscheinen auch in den Medien Statistiken über Unterrichtsstunden, Verhältniszahlen LehrerInnen zu SchülerInnen, Lehrverpflichtung und Gehältern in den OECD-Ländern. Und selbstverständlich wird in diesen bewiesen wie bevorzugt die österreichischen LehrerInnen im OECD-Schnitt sind. Dabei ist für die Propagandamaschine nicht wichtig, dass oftmals „Äpfel mit Birnen“ verglichen werden, Hauptsache in der Öffentlichkeit wird der genehme Eindruck erweckt. (Es wurde erst jüngst aufgedeckt, dass die Regierung eklatant falsche Zahlen an die OECD übermittelte - nur um ihre Maßnahmen zu rechtfertigen?)

### ***Verwaltungs- und Baubereich – tief greifende Veränderungen im APS-Bereich***

Auch hier ist „Reform“ angesagt. Es soll die Verwaltung vereinfacht werden. Und wir sind ja von den Begriffen her, schon ziemlich angekränkelt. Erstens sind ja Reformen sowieso positiv und Vereinfachung ist für gelernte ÖsterreicherInnen bezüglich Verwaltung auch in jedem Falle anzustreben. Da stört auch der Klammerzusatz nicht: **„Neuregelung der Geldflüsse zwischen Bund und Ländern im Bereich der PflichtschullehrerInnen“**

Was das für die Länder bedeutet kann man abschätzen, wenn man weiß, dass der Bund den Ländern die LehrerInnengehälter refundiert. Einerseits sind die Länder mit der letzten Regierung übereingekommen, dass sie 39 Milliarden ATS einsparen, andererseits sollen sie aber zusätzliche Aufgaben finanzieren. (Und das nicht nur im Bildungsbereich)

Dass damit die Länder und in weiterer Folge die Gemeinden in existenzielle Nöte gestürzt werden und darüber hinaus die Qualität des Bildungsbereichs bedroht wird, ist uns einleuchtend, den Regierenden aber nicht. In diesem Lichte erscheinen die unter Qualitätssicherung und Schulentwicklung aufscheinenden Punkte als reine Lippenbekenntnisse.

Schlimmes lässt auch der Punkt **„Einfache Mehrheiten, ausgenommen grundsätzliche Fragen der Schulorganisation“** befürchten, denn manche „Reform“ bleibt uns noch erspart, weil eben diese 2/3- Klausel bei Schulfragen gilt. Fallt diese Klausel, so könnte dies die Kontinuität des Schulsystems in pädagogischer Hinsicht gefährden. Der Bildungsbereich darf nicht zum Spielball wechselnder Mehrheiten im Parlament werden.

Seltsam mutet der Punkt **„Beste Lehrkräfte für beste Bildung“** an. Da wird von der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für pädagogische Hochschulen gesprochen, über Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen als integrativer Bestandteil der Hochschulen für pädagogische Berufe, Evaluierung der Fort- und Weiterbildungsangebote für LehrerInnen (Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Standorte) und Neuverteilung des aktiven Lehrergehaltes, modernes und leistungsorientiertes Besoldungssystem (höhere Einstiegsgehälter). Wohlmeinende könnten darin positive Ansätze erkennen. Skepsis ist allemal angebracht, denn unter den Punkten kann man im neoliberalen Milieu der Regierenden auch Ansatzpunkte für „Liberalisierung“ Privatisierung, Einsparungen und damit Verschlechterungen der Arbeitswelt und finanziellen Abgeltung der Arbeit finden. (Höhere Einstiegsgehälter bei gleichzeitiger Kürzung der Lebensverdienstsumme durch ein haarsträubendes Pensionsrecht)

# Pensionen- Spekulationen

Gabriele Bogdan  
apflug-Personalvertreterin  
6. IB



Zuerst wurde uns eine Neuwahl aufgebracht. Angeblich weil Blau nicht verlässlich für eine Regierung sei. Dann wurde langwierig ein neuer Partner für die schwarze Regierung gesucht. Und plötzlich war Blau wieder verlässlich genug. Schließlich ging es für Blau um Postenerhalt und da wurden natürlich willfährig alle gestellten schwarzen Bedingungen von Blau erfüllt.

Und jeder wusste bereits: Jetzt kann das lustige „In-Grund-und-Boden-Reformieren“ in Windeseile fortgesetzt werden. Doch vorher war noch eine wichtige Wahl zu schlagen. Immerhin wollte man die angestrebte „Absolute“ für Schwarz im größten Bundesland durch die Bundespolitik nicht aufs Spiel setzen. Aber dann - und zwar fast unmittelbar nach der Wahl, wurde das schon fertige Konzept der Pensionsreform auf den Tisch geknallt. Und es war grauslich, wie man es erwartet hatte. Und nicht nur die Opposition, auch die ChristgewerkschafterInnen wendeten sich dagegen. Auch unser aller „Pensionsexperte“ Herr Marin sprach von „Pensionsraub“.

## *Was ist daran so schrecklich?*

Im Budgetbegleitgesetz wurde festgeschrieben, dass Ziel und Inhalt dieses Gesetzes sein muss

**dafür zu sorgen, „dass für einen Pensionsanspruch im Ausmaß der Ruhegenussbemessungsgrundlage eine ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit von 45 Jahren benötigt wird.“**

Das soll schon im Jahr 2009 erreicht werden. In Verbindung damit (nämlich dass wir erst mit 45 Dienstjahren die vollen 80% Pension bekommen), sollen einige einschneidende Maßnahmen getroffen werden..

Demgemäß soll der

**Steigerungsbetrag auf 1/45 gesenkt und der Durchrechnungszeitraum auf 40 Jahre angehoben werden. Darüber hinaus soll der Pensionssicherungsbeitrag wieder um 1% erhöht werden.**

## *Die Ursachen*

Gebetsmühlenartig wird von den Versicherungen, Banken, Industriellen- und Wirtschaftskammer aber auch und natürlich von deren politischem Arm (unserer Regierung), das Pensionssystem krank geredet., Es wird zwar Falsches nicht richtig, wenn man es vielfach wiederholt, aber auch das Sprichwörtchen „Steter Tropfen höhlt den Stein“ hat seine Richtigkeit. Und so glaubt halt die Mehrheit der Bevölkerung den Schmus, den die Handlanger der Industrie und Wirtschaft Dr. Schüssel und Konsorten erzählen lassen. Glaubt die Notwendigkeit eines Nulldefizits, glaubt auch, dass die Pensionen in Kürze nicht mehr finanzierbar sind. Und da müssen wir halt schon den Gürtel enger schnallen. Wir, die „kleinen Leute“, denn die „Großen“ bestimmen ihre Gage und ihre Pensionen und die Bedingungen zum Erhalt deren selbst.

## *Private Vorsorge – die 3. Säule*

Die Finanzierbarkeit der Pensionen hängt von einigen Faktoren ab. Ein Parameter davon ist die demografische Entwicklung. Nur diese Größe wird in der Argumentation der Pensionsreduzierer herangezogen. Suggestiert wird eine baldige Überalterung der Bevölkerung. Die Anzahl der Beschäftigten könnten die Kosten für die Bezahlung der Beschäftigungslosen (z.B. Pensionisten) nicht mehr decken. Das ist nichts Anderes als Geschäftemacherei mit der Angst. Ist nämlich das Vertrauen in das Solidaritätsprinzip einmal untergraben, so hat das nachhaltige Wirkung auf die Versicherten. Sie werden nämlich zwangsläufig eine private Zusatzversicherung abschließen aus Angst im Alter vor dem Nichts zu stehen. Und sie werden dies tun obwohl jeder weiß, dass das eine höchst unsichere Angelegenheit ist.

(Lehrbeispiele gibt es in der gelobten Heimstätte der freien Wirtschaft – den USA. Dort sind viele Menschen bereits zum 3. Mal um ihre Pensionen umgefallen, weil sie -frei wie sie sind - bei Versicherungen ihr hart verdientes Geld zum Spekulationskapital verkommen ließen.)

Verschwiegen wird den Betroffenen, dass der Anteil der Kosten gemessen am BIP in den letzten Jahren sogar gesunken ist (weil ja das Bruttoinlandsprodukt auch wächst) und keine Anzeichen dafür vorhanden sind, dass bis 2015 dieses Verhältnis eklatant verschlechtert würde. Und unseriös wäre es über das Jahr 2015 Prognosen zu erstellen.

Die Schwarz/Blauen neoliberalen Konzepte einer „Pensionsreform“ mit 2004 entpuppen sich so als reine **Budgetlochstopferei**, die brutal sogar in laufende Verträge eingreift und volkswirtschaftlichen Zündstoff birgt. Zynismus am Rande ist, dass zur gleichen Stunde beschlossen wird, sündteures Kriegsgerät anzukaufen.

## *Das Umlageprinzip*

Die Finanzierung der Pensionen kann nach mehreren Prinzipien erfolgen. Relativ große Sicherheiten für das Individuum bringt der gesellschaftliche Rückhalt. So werden bei uns die Einnahmen aus den Beitragsleistungen der Erwerbstätigen in die Pensionsversicherung zur Ausbezahlung der Pensionen verwendet. Dieses so genannte Umlageprinzip ermöglicht auch das Pensionsanpassungssystem, das die kontinuierliche Erhöhung der Pensionen mit einem bestimmten Steigerungsbetrag zur Folge hat.

Möglich wird dieses System unter der Annahme eines ‚**Generationenvertrags**‘. Dieser fiktive Vertrag postuliert das Einverständnis der Erwerbstätigen, die Nichterwerbstätigen zu erhalten.

*(Die demografische Größe der Pensionsbelastungsquote – die Anzahl der PensionistInnen pro Erwerbstätigen – ist die dabei eine Problemgröße)*

## ***Der Generationenvertrag – ein Solidarakt***

Aber es werden nicht nur die PensionistInnen, sondern auch die Jugendlichen ohne Arbeit, sowie die Arbeitslosen aus dieser Konstruktion heraus beteiligt. Dieser Generationenvertrag stellt einen Solidarakt dar, der die ursprüngliche Altersversorgung durch die Familie von privater auf die gesellschaftliche Ebene hebt. Er ist also eine Weiterentwicklung aus der Tradition der Familiensolidarität. Ein Abgehen davon wäre ein Rückschritt für die Gesellschaft um nicht zu sagen ein Rückfall in die Barbarei.

Neben dieser gesellschaftlichen ‚Haftung‘ für unsere Pensionen wird auch fiktiv ein bestimmtes Erwerbsverhalten vorausgesetzt, um die Beitragszahlungen zu sichern. (Von 20 bis 60 o. 65 Jahren bezahlen wir SV-Beiträge) Nun wird aber in letzter Zeit dieses Erwerbsverhalten von den ArbeitgeberInnen sehr stark abgeändert.

Frauen werden zunehmend in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt (geringfügige Beschäftigungen) die dann nur mehr eine Unfallversicherung, aber keine SV mehr bezahlen. (Tendenz stark steigend) Derzeit beträgt der Anteil von Nichteinzahlenden an den ca 3 Mio Erwerbstätigen ungefähr 700.000. Was hier durch die Lohnkosten gespart wird, rächt sich an dem Pensionsanspruch von Unselbständigen einerseits und der Finanzierbarkeit der Pensionen überhaupt andererseits. Durch diese Beschäftigungspraktiken wird also der gesellschaftliche Rückhalt immer schwächer.

Und da schließt sich der Kreis. Dieser schwächere gesellschaftliche Rückhalt dient natürlich der Verunsicherung gegenüber dem System.

## ***Das Kapitaldeckungsprinzip***

Diese voranzutreiben hat sich die Regierung zum Ziel gesteckt. Die Verlockung des Kapitals mit der Vorsorge Geld zu verdienen, stellt dem Umlageprinzip die Eigenvorsorge des so genannten Kapitaldeckungsprinzips entgegen. Es werden nicht die wahren Gründe für die Bedrohung der Unfinanzierbarkeit offen gelegt, sondern eben nur die demografische Größe der höheren Lebenserwartung (Mortalität)

Mit diesen Zahlen wird Angst verbreitet um das gesellschaftliche Solidaritätsprinzip zu Gunsten der Kapitalspekulation aufzugeben. Bei diesem Prinzip werden die individuell eingezahlten Beiträge in Kapital angelegt und bei Anfall des Leistungsanspruchs entsprechend versicherungsmathematischer Berechnungen ausbezahlt. Es liegt auf der Hand, dass dadurch für untere Einkommenschichten mehrere Nachteile erwachsen und für alle die allgemeinen Risiken privatrechtlicher Verträge bestehen. (z.B. Pleite der Versicherungsfirma, Profit orientiertes Wirtschaften, geringere Anzahl an Versicherten macht höhere Prämien notwendig...)

Namhafte Vertreter diese Prinzips planen sogar das eingezahlte Kapital in der 3. Welt zu investieren um dort reichlich vorhandenen Ressourcen ‚Kinder‘ für unsere Altersversorgung ‚nutzbar‘ zu machen.

## ***Sie wissen, was sie tun***

Es ist anzunehmen, dass die „Reformer“ diese Tatsachen kennen. Trotzdem nimmt man in Kauf, dass es durch diesen eingeschlagenen Kurs *kurzfristig* ganz sicher für die jungen KollegInnen keine Arbeitsplätze geben wird, weil ja die alten fünf Jahre länger im Dienst bleiben und beträchtliche Mehrkosten entstehen. Mittel- und langfristig erhofft man sich aber Einsparungen.

Kurzfristig ist auch die bewusste Schwächung der Kaufkraft der künftigen PensionistInnen. Im Zusammenspiel der einzelnen Facetten des Sparkurses wie steigende Arbeitslosigkeit, Zurückfahren der sozialen Abfederungen für Bedürftige, diverse Reallohnverluste durch erhöhte Abgaben bzw. schlechte Lohnabschlüsse, die die Kaufkraft auch der erwerbstätigen Bevölkerung schwächen. Wenn man aber zwei und zwei zusammen zählt, so kommt man zu dem Ergebnis, dass sich die fehlende Kaufkraft der künftigen PensionistInnen nicht nur direkt auf deren Konsum auswirken wird, sondern auch auf den der Jüngeren. Vielfach ist ja der Konsum in den Aufbaujahren der Jungfamilien



mitfinanziert durch Angespertes der Alten. Ist jetzt schon die pro Kopf Verschuldung in Österreich keine geringe, so lässt sich vermuten, dass dies in Folge noch größere Ausmaße erreichen könnte, oder/und eben der Konsum zurückgehen wird. Beides ist für die Wirtschaft nicht gut

## ***Auswirkungen auf LehrerInnen***

Das Desaster ist ein mehrfaches. Erst einmal dürfen wir schrittweise länger arbeiten und erhalten zweitens auch noch bis zu 754 € **weniger** Pension. In echt ist dies über 10.000 Schilling. Ist das schon kein Lercherl, so sind die zusätzlichen fünf Jahre auch kein Klax. Schließlich sind auch noch die Abschläge für eventuellen früheren Eintritt in die Pension in Kauf zu nehmen.

***Können sich die Verantwortlichen wirklich vorstellen, dass 65 jährige LehrerInnen nach 40 und mehr Dienstjahren noch geduldige MotivationskünstlerInnen für 6 bis 14 Jährige (und natürlich auch darüber hinaus) sein können?***

Und haben sich die Verantwortlichen nicht überlegt, wie viele junge KollegInnen dadurch auf Jahre hinaus keine Chance auf eine Stelle haben? Statt der Dienstpostenreduktion mit Frühpensionen entgegen zu wirken macht man gerade justament das Gegenteil. Man hält die momentan überrepräsentierten 40 bis 50 Jährigen noch 5 Jahre länger in Amt und Würden. (Zynisch bemerkte unsere Kollegin und nunmehrige Gesundheitsministerin, dass dadurch die Frauen auch Gelegenheit bekommen annähernd 40 Dienstjahre zu sammeln und vielleicht ein bisschen mehr Pension zu ergattern.)

## ***Pensionsreform und Steuerpolitik***

In der Argumentation aller Parteien bleibt vieles ausgespart. Dass die Beschäftigungspolitik eine große Rolle spielt wurde bereits oben erwähnt. Die Verbindung zur Steuerpolitik wird aber selten bis nie angesprochen. Die Budgetlöcher ergeben sich nicht zuletzt dadurch, dass Österreich in den letzten Jahren (und nicht nur unter Schwarz/Blau) zum Steuerparadies für Reiche und Superreiche mutierte. Allerdings hat der Gründer dieses Schlaraffenlandes, der damalige rote Finanzminister Lacina, bereits verlauten lassen, dass nun (durch seine Maßnahmen) genügend Kapital in Österreich sei und die Steuerbegünstigungen zurückgenommen werden könnten. Dem folgt natürlich der jetzige neoliberale Finanzminister keineswegs. Würde aber nur wie in manchen skandinavischen Ländern das Finanzkapital (Spekulationskapital oder etwa auch die Stiftungen und Fonds) mit dem gleichen Prozentsatz besteuert wie die ganz gewöhnlichen Sparbücher, so hätte der Staat Überschüsse und die Aktionen zur Geldbeschaffung eines Dr. Grasser aus dem Schlüsselteam wären obsolet.

## ***Wo ist die 2. Säule?***

Von den BefürworterInnen der Verunsicherungspolitik wird immer von einem 3-Säulen-Modell gesprochen. Das heißt die

**erste Säule** wäre die herkömmliche Pensionskasse, die zweite Säule wäre eine Betriebspension und die 3. Säule sollte die private Vorsorge sein. Bei all den gegenwärtigen Diskussionen steht die Minimierung der Kosten der ersten Säule im Vordergrund. Die

**zweite Säule** – die Betriebspensionen - wird nur rudimentär angerissen. So haben die öffentlichen Bediensteten keine Möglichkeit eine Betriebspension zu konsumieren. Die

**3. Säule** wird dem einzelnen Beschäftigten überlassen. Das entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Sieht man sich die Verdienstverteilung der Erwerbstätigen in Österreich an, so erkennt man ganz deutlich, dass zwei Drittel der ÖsterreicherInnen kaum bis gar nicht in der Lage sind, effizient für eine private Vorsorge anzuspahren.

Für ältere Beschäftigte kommt noch dazu, dass die geplante überfallsartige „Reform“, zeitlich gar keine Möglichkeit lässt, lang genug einzuzahlen, soll nicht die Prämie den ganzen Verdienst auffressen.